

**Ein
»Stellvertreter«
auf Staatsbesuch**



***Keine Papstrede
im Bundestag!***

**Unterstützen Sie unsere Petition
"Keine Papstrede im Deutschen Bundestag!"
www.freie-buerger.org**

Weitere Gratis-Broschüren zum Thema:

- * Der größte Raubzug aller Zeiten
- * Kirchenskandale ohne Ende:
Jetzt reicht's! Kirchenaustritt jetzt

Schreiben Sie einfach eine E-Mail an:
info@freie-buerger.org

Oder schicken Sie ein Fax
(09394/994221) mit Ihrer Postadresse
und dem Hinweis:
"Zwei Gratis-Broschüren"

*

Über jede Spende freuen wir uns sehr,
und wir bedanken uns dafür herzlich.

Unser Spendenkonto:
Volksbank Main-Tauber
BLZ 673 900 00 - Kto.Nr. 54915900
Kontoinhaber: Freie Bürger
IBAN: DE66673900000054915900
BIC: GENODE61WTH

„Ein Stellvertreter auf Staatsbesuch“

Als Jesus von Nazareth vor 2000 Jahren über diese Erde ging, wurde Er nach dem Bericht der Kirchenbibel mehrmals in Versuchung geführt, mächtig und reich zu werden, beispielsweise, als Er Sich 40 Tage in die Wüste zurückgezogen hatte. Da erscheint – nach dem Bericht der Bibel – der Teufel, führt Ihn auf einen hohen Berg mit einem großen Rundblick und sagt zu Jesus: „All die Macht und Herrlichkeit dieser Reiche will ich Dir geben, denn sie sind mir überlassen, und ich gebe sie, wem ich will. Wenn Du Dich vor mir niederwirfst und mich anbetest, wird Dir alles gehören.“ – So singgemäß der Teufel.

Die Reaktion Jesu war eindeutig, wie wir wissen. Er wies das satanische Angebot mit den Worten zurück: *„Du sollst allein Gott, deinen Herrn, anbeten, und Ihm dienen.“*

Ein zweites Mal war es das Volk, das Jesus zu Macht und Ansehen verhelfen wollte, als es Ihn beim Einzug in Jerusalem mit Hosiannarufen empfing. Es wäre für Jesus ein Leichtes gewesen, diese Volksstimmung aufzugreifen und sich zum Volksführer aufzuschwingen. Doch Er tat es nicht und wurde statt dessen auf Geheiß der Hohenpriester gefangengenommen und schließlich dem römischen Statthalter Pilatus zur Kreuzigung ausgeliefert. Als dieser Ihn fragte, warum Er ausgeliefert wurde, sagte Jesus mit göttlicher Vollmacht:

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Wenn Mein Reich von dieser Welt wäre, dann würden Meine Leute für Mich kämpfen.“

Obwohl Gottes Sohn äußere Macht und äußeres Gepränge entschieden ablehnte und lehrte „Das Reich Gottes ist inwendig in euch“, entstand unter Berufung auf Ihn eine Großorganisation, die von sich behauptet, sie sei „der mystische Leib Christi“, und ihr Chef sei der „Stellvertreter Christi“. - Was ist von all dem zu halten?

Abgesehen davon, dass Jesus nie eine Kirche gegründet hat, ist es geradezu absurd, dass ausgerechnet ein Imperium wie die römisch-katholische Kirche sich als Verkörperung Christi ausgibt. Jesus lebte in sehr bescheidenen Verhältnissen. Die Kirche strotzt vor Prunk und Reichtum. Jesus lehrte den Frieden und die Feindesliebe. Die Kirche führte Kriege oder stiftete dazu an, und sie brachte Tod und Verderben über Millionen von Menschen, die sich ihren Dogmen nicht beugen wollten. Jesus lehrte die Gleichheit und warnte vor einer Priesterkaste, die den Menschen den Himmel versperrt. Und in Gestalt der Kirche hat sich die größte Priesterkaste aller Zeiten etabliert mit einem hierarchischen System, an dessen Spitze ein Alleinherrscher regiert. Dabei fühlt sich dieser Alleinherrscher nicht nur als Religionsführer, sondern zugleich als Staats-

oberhaupt. Als solches macht er anderen Staaten Staatsbesuche. Demnächst lässt er sich auch in Deutschland entsprechend empfangen und will sogar im Deutschen Bundestag eine Rede halten.

Fragen über Fragen

Diese Ankündigung wirft einige Fragen auf:

Um welches Staatsoberhaupt handelt es sich beim Papst eigentlich?

Hat sein Staat auch eine Verfassung? Und wie verhält sich diese zum deutschen Grundgesetz?

Mit welcher Legitimation will der Papst vor dem deutschen Parlament sprechen, was ja auch Staatsoberhäuptern nur in seltenen Ausnahmefällen gestattet wird?

Spricht er in erster Linie als Staatsoberhaupt oder als Religionsführer?

Wenn er als Religionsführer spricht, stellen sich sogleich weitere Fragen:

Was brachte und bringt seine Religion der Menschheit?

Kann sich ihr Oberhaupt als „Stellvertreter Christi“ bezeichnen? Für viele Menschen ist es eine Anmaßung, ja sogar eine Blasphemie, wenn sich ein Mensch als „Stellvertreter Gottes“ behandeln und als „Heiliger Vater“ anreden lässt. Jesus von Nazareth sah dies wohl ähnlich, denn

Er lehrte, dass nur der Vater im Himmel heilig ist. Wenn aber der Papst nicht Gott vertreten kann, wen vertritt er dann? Vielleicht gar den Gegenspieler Gottes? Denn Jesus von Nazareth sagte bekanntlich: „*Wer nicht für Mich ist, ist gegen Mich.*“ Und wenn nicht klar ist, wen der Papst vertritt, wen empfängt dann der Bundespräsident beim Staatsbesuch Benedikts in Deutschland? - Eine Vielfalt von Fragen. Wenden wir uns gleich der ersten zu:

Was ist das für ein Staat, dessen Oberhaupt der Papst ist? Und wie entstand dieser Staat überhaupt?

Die Beantwortung dieser Frage bedarf der Geschichtskennntnis. Nach dem Zerfall des römischen Reiches beanspruchten die Päpste die weltliche Herrschaft über Rom und die Provinzen Italiens. Sie beriefen sich hierbei auf ein Dokument, das sich einige Jahrhunderte später als die größte Fälschung der Weltgeschichte erwies, die sogenannte Konstantinische Schenkung. Hiernach soll Kaiser Konstantin dem damaligen Papst Silvester I. und dessen Nachfolgern zum Dank für die Spendung der Taufe und die Heilung von Aussatz die Herrschaft über die Stadt Rom und die Provinzen Italiens übertragen haben. Diese Urkunde wurde im 8. Jahrhundert in kirchlichen Kreisen herumgereicht, und beeindruckte den Frankenkönig Pippin derart, dass er im Auf-

trag des Papstes die Langobarden aus Oberitalien vertrieb und dem Papst die Schenkung Konstantins endgültig garantierte und die weltliche Herrschaft des Papstes sicherte.

Alles begann mit einer Fälschung

Erst im 15. Jahrhundert stellte sich dann heraus, dass das Ganze ein riesiges Betrugsmanöver war. Die Schenkungsurkunde war eine glatte Fälschung. Das hinderte die Kirche jedoch nicht daran, ihre weltliche Herrschaft weiter auszuüben. Erst Napoleon macht damit ein Ende, und gliederte die päpstlichen Territorien dem von ihm geschaffenen Königreich Italien ein. Im 19. Jahrhundert ging es dann hin und her. Der Wiener Kongress stellte den Kirchenstaat wieder her, später kam es zu Aufständen in Italien. Der Papst musste fliehen, kehrte wieder nach Rom zurück; sein Staatsgebilde schrumpfte auf Rom und die Provinz Latium. Und auch dieses Gebiet verlor er schließlich unter König Viktor Emanuel I. Die kirchlichen Verwaltungsorgane zogen sich in die Vatikanstadt zurück und schotteten sich vom Rest Roms ab. Die über 1000 Jahre währende weltliche Herrschaft des Papstes und seines Staates waren zu Ende gegangen.

Man könnte sagen: Das größte Lügengebäude der Weltgeschichte war zusammengebrochen,

denn die Fundamente des kirchlichen Staatsgebildes bestanden aus einem weltlichen und einem geistigen Betrug: dem Betrugsmanöver mit der Konstantinischen Schenkung und dem Betrugsmanöver mit der Lehre Jesu, auf die sich die Kirche auch bei Ausübung ihrer weltlichen Herrschaft stets berief, obwohl Jesus von Nazareth gelehrt hatte: *„Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“*

„Geburtshelfer“ Mussolini

Wie ging es dann weiter? – Die Kirche wollte sich nicht damit abfinden, kein Staat mehr zu sein. Um diesen Zustand zu beenden, war ihr offensichtlich jedes Mittel recht. So kam es im Jahr 1929 zu den sogenannten Lateranverträgen zwischen Papst Pius XI und dem italienischen Diktator Benito Mussolini. Dieser verlieh im Namen Italiens dem Vatikan wieder die Rechte eines souveränen Staates, obwohl dieser Staat lediglich aus den Gärten rund um die Peterskirche besteht und nicht einmal 1000 Einwohner hat.

Diese zweite „Geburtsurkunde“ des Vatikanstaats – die Schenkung Mussolinis – ist nicht weniger anrühlich als die Schenkung Konstantins. Letztere existierte gar nicht, erstere wurde von einem Diktator und Kriegsverbrecher unterzeichnet. Vor diesem Hintergrund bezeichnete der

international angesehene Jurist Geoffrey Robertson, ehemaliger UN-Richter und englischer Kronanwalt, den Vatikan als „Schurkenstaat“. Als solcher gilt in der politischen Terminologie ein Staat, der nach seiner Verfassung eine Diktatur ist und in seinem Verhalten unberechenbar und aggressiv reagiert. Der Vatikanstaat – so Robertson – sei durch ein Abkommen entstanden, das den Zweck hatte, die italienische Demokratie zu zerstören und der katholischen Kirche die höchsten Privilegien zu verschaffen. Und diese Privilegien nutzte der Vatikan, um pädophile Straftäter in den eigenen Reihen vor rechtsstaatlicher Verfolgung zu schützen. –

Der Jurist kommt zu dem Ergebnis, dass die Souveränitätsansprüche des Vatikans ohne rechtmäßige Grundlage seien, da sie auf die Abmachung mit Mussolini zurückgehen. Berücksichtigt man all dies, ist es alles andere als selbstverständlich, dass sich der Vatikan als Staat aufführt und der Papst als Staatsoberhaupt behandelt wird. Die meisten Menschen nehmen das arglos hin, weil sie nicht wissen, auf welch brüchigen, ja durchlöchernten Fundamenten dieses Staatsgebilde steht.

Ob es wohl der deutsche Bundespräsident gewusst hat, als er den Papst zu einem Staatsbesuch einlud? Und ob es die Bundestagsabgeordneten wissen, die ihn im Parlament reden lassen wollen?

Verfassung ohne Gewaltenteilung

Normalerweise werden zu Staatsbesuchen nur Staatsoberhäupter eingeladen und nicht Religionsführer. Als Religionsführer haben sie ein Recht auf Toleranz und Respekt gegenüber ihren Glaubensinhalten, auch wenn andere diese nicht teilen. Im Gegensatz dazu müssen sich Staatsoberhäupter durchaus fragen lassen, wie die Verfassung ihres Staates aussieht, insbesondere, ob es sich um einen Rechtsstaat handelt, der die Menschenrechte achtet. Als der Vatikan von Mussolini zum Staat erhoben worden war, gab er sich im Jahr 1929 auch eine Verfassung.

Papst Johannes Paul II. ersetzte diese Verfassung im Jahr 2000 dann durch das neue „Grundgesetz des Vatikanstaates“, wie die Überschrift lautet. In der Präambel heißt es, dass der Papst dieses Grundgesetz im Vollbesitz seiner höchsten Autorität gibt, und dass der Zweck dieser Verfassungsgebung darin besteht, „den für die Freiheit des Apostolischen Stuhls bürgenden Staat, durch den die tatsächliche und sichtbare Unabhängigkeit des Papstes in der Ausübung seiner Weltmission gewährleistet wird, immer mehr seiner institutionellen Zweckbestimmung näher zu bringen.“ Eine reichlich komplizierte Formulierung. Einfacher ausgedrückt könnte man sagen, **der Vatikanstaat dient der Unabhängigkeit des Papstes bei der Missionierung der Welt.** Ent-

sprechend heißt es dann im Artikel 1 dieses Grundgesetzes: „**Der Papst besitzt als Oberhaupt des Vatikanstaates die Fülle der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt.**“

Eine solche Machtfülle wird keinem anderen Staatsoberhaupt dieser Welt zugesprochen, nicht einmal dem Oberhaupt des islamischen Gottesstaats im Iran, das unter bestimmten Voraussetzungen sogar abgesetzt werden kann. Derartiges ist im Grundgesetz des Vatikans nicht vorgesehen. Der Papst ist demzufolge **absoluter Alleinherrscher auf Lebenszeit** und kann alles an sich ziehen, jeden Gesetzgebungsakt, jede Verwaltungsmaßnahme. Er kann sogar in Gerichtsverfahren eingreifen, denn im Artikel 15 heißt es unter anderem:

„Die richterliche Gewalt wird im Namen des Papstes von den nach der Gerichtsordnung des Staates bestellten Organen ausgeübt.“

In Artikel 16 heißt es dann: „Der Papst kann in jeder Zivil- oder Strafsache und in jedem Stadium des Verfahrens die Untersuchung und die Entscheidung einer speziellen Instanz übertragen, auch mit der Berechtigung, die Entscheidung nach Billigkeit unter Ausschluss jedweden weiteren Rechtsmittels zu fällen.“

Und in Artikel 17 heißt es in diesem Grundgesetz des Vatikanstaats, „dass gegen Verwaltungsmaßnahmen nur geklagt werden kann, wenn der

Papst dazu im „im einzelnen Fall [so wörtlich!] die Genehmigung gibt.“ – So weit die absolutistischen bzw. diktatorischen Züge dieser Staatsverfassung des Vatikans.

Lichtjahre vom Grundgesetz entfernt

Vielleicht sollte der Bundespräsident wirklich einmal die Verfassung oder das Grundgesetz des Vatikanstaates neben das Deutsche Grundgesetz legen, bevor er seinen Staatsgast empfängt. Er wird feststellen, dass er mit Benedikt XVI. das Oberhaupt eines Staatswesens empfängt, das von einem Rechtsstaat Lichtjahre entfernt ist. Man kann nicht einmal von einer absoluten Monarchie sprechen, denn in einer solchen Staatsform gibt es immerhin noch eine Gerichtsbarkeit und ein Minimum an Gewaltenteilung. In einer Monarchie gilt der Monarch trotz all seiner Privilegien als Diener des Staates. Nach der Präambel des vatikanischen Grundgesetzes und den zitierten Verfassungsartikeln ist es beim Vatikan umgekehrt: **Der Vatikanstaat existiert ausschließlich, um dem Papst äußere Unabhängigkeit zu verschaffen.**

Handelt es sich unter diesen Umständen überhaupt um einen Staat oder nicht eher um eine Art Staatstheater, bezogen auf einen großen Garten und ein paar hundert Prälaten und eine Garde in Fantasie-Uniformen?

Oberpriester auf Missionsreise

Die Sache ist ernster: Es handelt sich beim Vatikanstaat um ein Vehikel des Papstes, damit er auf dem internationalen Parkett als Staatsoberhaupt auftreten und aus dieser privilegierten Position heraus die Interessen seiner Kirche nachhaltiger durchsetzen kann. Wer ihn als Staatsoberhaupt empfängt, der empfängt demnach keinen Staatsmann, sondern den katholischen Oberpriester auf Missionsreise.

Wenn man das bedenkt, erscheint es äußerst fragwürdig, ihn im Deutschen Bundestag sprechen zu lassen. Schließlich haben 70 % aller Bewohner Deutschlands nichts mit der katholischen Kirche zu tun. Und im Übrigen wird auch echten Staatsoberhäuptern fremder Staaten nur äußerst selten eine solche Ehre zuteil. Aber wenn man schon darüber hinwegsieht und den Papst als Staatsoberhaupt mit Vorzugsbehandlung empfängt, obwohl er keinen Staat, sondern nur seine Kirche vertritt, dann werden seine Kirche und ihr Regime zum politischen Thema, so wie bei jedem anderen Staatsgast die Zustände in dessen Heimat aufs Tapet kommen. Da der Papst im Mantel des Staatsoberhauptes als Stellvertreter Christi auftritt und nicht zuletzt deshalb von dem katholischen Bundespräsidenten Wulff und dem ebenfalls katholischen Bundestagspräsident Lammert eingeladen wurde, wird es zur politi-

schen Frage, ob das katholische Kirchenregime wirklich christlich ist, und ob der Staatsgast wirklich der Stellvertreter Christi sein kann.

Ist der Vatikan christlich?

Das Christentum ist nicht ein Konglomerat von irgendwelchen Prinzipien oder Grundsätzen, sondern basiert auf einer Person, nämlich auf Jesus, dem Christus Gottes. Er ist der Prüfstein dafür, ob etwas christlich ist oder nicht. Und was Jesus von Nazareth lehrte, ergibt sich in den wesentlichen Umrissen – trotz vieler Weglassungen und Verfälschungen – immer noch aus dem Evangelium, auf das sich auch die Kirche beruft. Nimmt man die darin enthaltenen Eckdaten des Christentums als Prüfstein, dann kann man die römisch-katholische Kirche auch bei großzügigster Betrachtungsweise nicht als christliche Organisation bezeichnen.

Dass Kreuzzüge, dass Hexenverbrennungen oder die blutige Missionierung der Ureinwohner Südamerikas nichts mit der Lehre von Jesus zu tun hatten, das wird auch Benedikt XVI. nicht leugnen. Vermutlich wird er ähnlich reagieren wie sein Vorgänger und die blutige Geschichte der Kirche als „Verfehlungen einzelner Söhne der Kirche“ bezeichnen, obwohl die Massaker im Auf-

trag der Päpste erfolgten, also von „ganz oben“. Man denke nur an die Bulle von Papst Nikolaus V., mit der er den portugiesischen König ermächtigte, „... die Länder der Ungläubigen zu erobern, ihre Bewohner zu vertreiben, zu unterjochen und in die ewige Knechtschaft zu zwingen“.

Nicht zu vergessen sei auch die Beteiligung von Papst Pius X. an der Entstehung des Ersten Weltkriegs oder die Billigung des Russlandfeldzugs Hitlers durch Pius XII., weil dieser Papst sich davon die Vernichtung des Kommunismus erhoffte. Oder man denke an die Ermordung von Hunderttausenden orthodoxer Serben Mitte des vorigen Jahrhunderts unter maßgeblicher Beteiligung katholischer Geistlicher und stillschweiger Duldung des Vatikans. Und als die Nato 1999 Jugoslawien bombardierte, ließ Papst Johannes Paul II. bei allem Bedauern unter anderem verlauten: „Wir sind keine Pazifisten“.

Der jetzige Papst hielt es ebenfalls für nötig, sich von einem „Fundamentalpazifismus zu distanzieren.“ Damit aber distanzierte er sich von Jesus von Nazareth, der Gewalt unter keinen Umständen für gerechtfertigt hielt, auch nicht, als Petrus ihn mit dem Schwert verteidigen wollte: „*Wer zum Schwert greift, kommt durch das Schwert um*“, war Seine fundamental pazifistische Lehre.

Heidnische Rituale und Dogmen

Und Weiteres kommt hinzu: Da der jetzige Papst ein umfassend studierter Mann ist, wird ihm sicherlich bekannt sein, dass die katholischen Riten und Kulte weitgehend heidnischen Ursprungs sind. Die Himmelskönigin, die in der katholischen Kirche verehrt wird, ist ein Ableger der Muttergottheit, die schon Jahrhunderte vor der Geburt Marias angebetet wurde, z.B. als Diana oder Artemis oder Astarte, die phönizische Gottheit der Fruchtbarkeit. Die Mutter Gottes ist auch ein Abbild der Isis, der ägyptischen Göttin der Fruchtbarkeit, die stehend auf dem Halbmond dargestellt wird, genauso wie heute Maria.

Dass dieser Kult in die römisch-katholische Kirche Einzug fand, hat nichts mit Jesus von Nazareth zu tun, sondern ist dem oströmischen Kaiser Theodosius II. zu verdanken, der das Konzil von Ephesus einberief und das heidnische Mysterium der Gottesgebärerin – unter dem Beifall einer fanatisierten Menge, die den Dianakult seit alters her hochhielt – , zum Bestandteil der katholischen Glaubenslehre machte.

Ähnlich ist es mit der Reliquienverehrung der katholischen Kirche. In den alten Mysterienkulten wurden die Knochen von Göttern an diversen heiligen Stätten vergraben. Ägypten war übersät mit solchen Grabstätten, an denen die Gebeine eines getöteten Gottes verehrt wurden. Es ist his-

torisch nachgewiesen, dass der kultische Gebrauch von Gegenständen, Körperteilen und Kleidungsstücken sogenannter „Heiliger“ lange vor Entstehung des Christentums praktiziert wurde. Dies geschah gemäß einer primitiven, auf das Körperliche bezogenen Religiosität, die später von der Kirche übernommen wurde. Der katholische Reliquienkult, bei dem Knochen Verstorbener verehrt, ja sogar für Wunderheilungen in Anspruch genommen werden, erweist sich als die Fortsetzung heidnischer Magie.

Das Glaubensbekenntnis der katholischen Kirche stammt nicht von Jesus von Nazareth oder den Evangelienberichten über Sein Wirken, sondern zum größten Teil von römischen Kaisern. Das fing bereits im Jahr 325 auf dem Konzil von Nicäa an, das von Kaiser Konstantin einberufen wurde, um einen theologischen Streit zu schlichten. Dieser war darüber entstanden, ob Jesus, der Christus, selbst Gott – also wesenseins mit Gott – sei oder eben Gottes Sohn, der Gott wesensähnlich ist.

Im Mithraskult gab es einen Gottessohn, von dem die Priester lehrten, dass er Gott selbst sei. Dieser Glaube entsprach auch den römischen Vorstellungen Konstantins. Der politische Taktiker, der das Christentum als weltanschauliches Fundament seiner Staatsmacht brauchte, wollte den Streit unterbinden und versammelte ihm geneh-

me Bischöfe zu einem Konzil, das er selbst leitete. Auf diesem Konzil verordnete er per Staatsgesetz, was der rechte Glaube sei: Christus sei wesenseins mit Gott. Diese kaiserliche Formel findet sich noch heute im katholischen Glaubensbekenntnis. Sie entspricht haargenau heidnischen Mysterienreligionen.

Auch die sogenannte Dreieinigkeit – auch Dreifaltigkeit genannt – von Gott Vater, Gott Sohn und Gott Heiliger Geist, sowie die Stellung einer allein seligmachenden Kirche wurde von einem römischen Kaiser dekretiert, nämlich von Theodosius I. auf dem Konzil von Konstantinopel im Jahr 381. Er berief das Konzil ein, und einer seiner Juristen, den man schnell noch taufte und zum Metropoliten beförderte, übernahm die Leitung der Versammlung, um die Formel des Dreieinigkeitsdogmas juristisch einwandfrei zu Papier zu bringen. Gleichzeitig wurde die Kirche für „heilig“ und „apostolisch“ erklärt und ihre Gnadenmittel – wie es heißt – zu den Heilsinstrumenten der neuen Staatsreligion deklariert. Was Theodosius und sein Jurist verabschieden ließen, ist bis heute Bestandteil des Credo der katholischen Kirche.

Auf dem Konzil von Calzedon im Jahr 451 bestimmte ein römischer Kaiser, was Katholiken heute noch nachbeten. Das Konzil wurde von Markion, einem Soldatenkaiser, einberufen, aber die Regie führte dessen Frau Bulcheria, eine ehe-

malige Nonne, die nun Politik machte. Geleitet wurde das Konzil von hohen Staatsbeamten. Man beschloss, Christus sei zugleich „wahrer Gott und wahrer Mensch“. Auch diese Formel findet sich noch heute im Glaubensbekenntnis der römisch-katholischen Kirche.

Kaiserliche Bannflüche

Am nachhaltigsten freilich beeinflusste Justinian die kirchliche Lehre auf dem Konzil von Konstantinopel im Jahr 553: Der oströmische Kaiser war zwar nach außen Christ geworden, aber ein römischer Machtpolitiker geblieben. Religionsstreitigkeiten mussten ohne Rücksicht auf ihren Inhalt im Keim erstickt werden. Ob da jemand unter Berufung auf den frühchristlichen Lehrer Origenes die Wiedergeburtstheorie verkündete oder die Erlösung aller Seelen und Menschen durch Christus, war nicht nur zweitrangig, sondern im Verhältnis zur Staatsraison völlig unwichtig. Deshalb fackelte der Kaiser nicht lange und gab der Versammlung neue Bannflüche vor. Zwei davon lauteten:

„Wer daran festhält, die menschliche Seele habe bereits vor ihrer leiblichen Inkarnation gelebt, sei verflucht.“

Und: „Wer glaubt, am Ende aller Zeiten würden alle Seelen und Menschen zu Gott zurückkehren, sei verflucht.“

Hier nahm die römische Staatskirche endgültig Abschied von einem weiteren zentralen Inhalt der Lehre des Jesus von Nazareth, nämlich von Seiner Botschaft von einem liebenden Vatergott, der niemanden verstößt, sondern der alle Seelen und Menschen, die gesamte gefallene Schöpfung, in die ewige Heimat zurückholen wird. Dies geschieht mit Hilfe der Erlöserkraft Christi und durch die Befolgung Seiner Lehren. Zu den fundamentalen Wahrheiten, die Justinian verwarf, gehörte auch das Wissen um die Existenz der Seele vor der Geburt und die Möglichkeit wiederholter Einverleibungen. Fortan hatte die Kirche mit ihren Verdammungsurteilen jedoch eine der schärfsten Waffen in der Hand: die Drohung mit der angeblichen ewigen Verdammnis, die sie in den folgenden eineinhalb Jahrtausenden immer wieder wirkungsvoll einsetzte. Diese Lehre wurde auch zur geistigen Grundlage der Inquisition und der Kreuzzüge, die Millionen von Menschen das Leben kostete.

Mit solchen und ähnlichen Bannflüchen drangsalieren die katholische Kirche ihre Mitglieder bis zum heutigen Tag. Die wichtigsten Dogmen sind in der Sammlung von Neuner-Roos unter dem Titel „Der Glaube der Kirche“ veröffentlicht. Die einzelnen Lehrsätze werden dort auf die jeweiligen Konzilsbeschlüsse zurückgeführt. Lehrsatz Nr. 85 lautet beispielsweise:

„Wer nicht die ganze kirchliche Überlieferung annimmt, die geschriebene wie die ungeschriebene, der sei ausgeschlossen.“ – Dabei ist das Wort „ausgeschlossen“ eine verharmlosende Übersetzung der griechisch-lateinischen Formel „anathema sit“, die, wörtlich übersetzt, heißt: „der sei verflucht“.

Unter dieser Drohung steht auch folgender Glaubenssatz (Rand Nr. 381):

„Die Kirche glaubt fest, bekennt und verkündet, dass niemand außerhalb der katholischen Kirche, weder Heide, noch Jude, noch Ungläubiger oder ein von der Einheit Getrennter, des ewigen Lebens teilhaftig wird, vielmehr dem ewigen Feuer verfällt, das dem Teufel und seinen Engeln bereitet ist, wenn er sich nicht vor dem Tod der Kirche anschließt.“.

Eine weitere Drohung der Kirchenlehre lautet (Rand Nr. 382): **„Die Kirche muss mit peinlicher Sorgfalt alles entfernen und ausmerzen, was gegen den Glauben ist oder dem Seelenheil irgendwie schaden könnte.“**

Unter „ausmerzen“ versteht man laut deutschem Duden „radikal beseitigen“. Über Jahrhunderte hinweg bis in die jüngste Vergangenheit, z.B. in den 1940er Jahren in Kroatien, geschah dies durch Mord und Totschlag, ja sogar durch Völkermord. Die geistige Wurzel hierfür, die der gerade zitierte Lehrsatz umreißt, gilt bis heute fort.

Der bekannte Philosoph Karl Jaspers wies darauf hin, dass Ausschließlichkeitsansprüche ständig auf dem Sprung sind, die Scheiterhaufen erneut zu entzünden.

Eine gefährliche Ideologie

Verflucht wird in einem weiteren Lehrsatz auch jeder, der nicht alle Bücher der heiligen Schrift, wie sie von der Kirche kanonisiert wurden – also das Neue und das Alte Testament – als Gotteseingaben anerkennt.

Dabei sind diese Schriften zum Teil hochgefährlich! Im Alten Testament steht z.B., dass Ehebrecher zu steinigen sind. Ob sich Bundespräsident Wulff solcher Lehrsätze und Bannflüche bewusst ist, wenn er zusammen mit seiner zweiten Frau dem Papst gegenübertritt? Auch Homosexuellen droht die Steinigung. Verflucht ist auch, wer aus der Kirche austritt – ohne Rücksicht darauf, dass dieser Mensch ja als Säugling zwangsweise hineingetauft worden war. Ewig verdammt ist jeder, der sich nicht der Unfehlbarkeit des Papstes und den von ihm verkündeten Glaubenssätzen unterwirft. Man kann sehr wohl sagen, es handelt sich um eine ausgesprochen gefährliche Ideologie, die viele Kirchenmitglieder ängstigt und unter anderem zu Depressionen führt. Eine Organisation, die ihre Mitglieder zwangsweise durch Säuglingstaufe rekrutiert und zwangsweise mit

Drohungen ewiger Verdammnis vom Kirchenaustritt abhält, verstößt gegen die Menschenwürde.

Kann man den Chef einer solchen Organisation als Staatsoberhaupt empfangen und hofieren? In Deutschland sind die Menschenrechte Bestandteil des Grundgesetzes. Doch das kirchliche Zwangssystem missachtet die Freiheit, und die kirchliche Hierarchie missachtet die Gleichheit, die nicht zuletzt auch Jesus von Nazareth gelehrt hat. Er wollte weder eine Kirche noch sogenannte Kirchenfürsten mit prunkvollen Gewändern. Eminenzen und Exzellenzen kommen im Evangelium nicht vor und nehmen sich als angebliche Nachfolger des schlichten Nazareners wie Operettenfiguren aus.

Kinderschänder-Verbrechen

Das alles führt ja auch dazu, dass sich die Menschen scharenweise von der Kirche abwenden. Allein in Deutschland treten jährlich weit über 100.000 Kirchenmitglieder aus. Als die Kinderschänderverbrechenskandale publik wurden, haben sich die Austritte im Verhältnis zu früheren Zeiträumen verdoppelt und verdreifacht. Inzwischen haben der Bund der Konfessionslosen und Atheisten, die Giordano-Bruno-Stiftung und der Bund für Geistesfreiheit in Bayern das „Jahr des Kirchenaustritts“ ausgerufen. Dabei wiesen

sie auf das Märchen hin, die Kirchensteuer würde primär für mildtätige Zwecke eingesetzt. In erster Linie bezahlt die Kirche jedoch damit ihre eigene Bürokratie. Inzwischen unterscheiden die Menschen auch immer mehr zwischen dem Christentum und der Kirche, wie eine jüngste Umfrage des Wissenschaftsmagazins PM-PERSPEKTIVE ergab. Zwei Drittel der Befragten befürworteten, dass christliche Werte in der deutschen Gesellschaft künftig eine größere Rolle spielen sollten, während nur 16 % der Befragten sich in Moralfragen auf den Papst verlassen würden.

Das ist ja auch kein Wunder, wenn man bedenkt, dass der Papst zu den Verbrechen seiner Priester an Kindern und Jugendlichen nicht nur lange geschwiegen hat, sondern dass er als Kardinal an der Vertuschung sogar maßgeblich beteiligt war. So wurde im Frühjahr 2010 beispielsweise bekannt, wie Josef Ratzinger als Chef der Glaubenskongregation, die für kirchliche Sexualstraf-täter zuständig war, die Hilferufe des Erzbischofs Weakland von Milwaukee ignorierte, der den pädophilen Priester Lawrence Murphy absetzen wollte.

Weakland berichtete im Juli 1996 Kardinal Ratzinger in Rom, dass Murphy von mehreren Zeugen vorgeworfen wurde, als Leiter eines Instituts für Gehörlose 200 Kinder sexuell missbraucht zu haben. Ratzinger, bzw. seine Kongregation, reagierte nicht. Daraufhin wandte sich sein ameri-

kanischer Kollege im März 1997 an das höchste Vatikanische Gericht, brachte den Fall erneut vor und bat abermals um Rat. Einige Tage später antwortete dann der Stellvertreter Ratzingers und heutige Kardinal-Staatssekretär, Bertone, dass der Fall streng vertraulich zu behandeln sei. Im April 1998 kam Bertone dann mit einer Kehrtwende auf die ein Jahr vorher geführte Korrespondenz zurück. Obwohl er zunächst einen Prozess gegen den Kinderschänder gebilligt hatte, solange er geheim bliebe, legte er jetzt de facto eine Niederschlagung des Amtsenthebungsverfahrens nahe, indem er „rein seelsorgerische Maßnahmen“ für den Täter empfahl.

Aufgrund einer Dokumentation der NEW YORK TIMES im März 2010 stellte sich heraus, dass sich dieser Täter in einem Schreiben vom Januar 1998 an Josef Ratzinger gewandt und ihn gebeten hatte, seine Entfernung aus dem Klerikerstand zu verhindern. Als Gründe nannte der Täter seinen schlechten Gesundheitszustand und die Tatsache, dass er seine Taten bereut habe und seit 24 Jahren – nach eigenen Worten – friedlich in North Wisconsin lebe.

„Systematisch vertuscht“

Auch als Ratzinger noch Kardinal in München war, kam es im Zusammenhang mit pädophilen Priestern zu Vorgängen, die auf Vertuschung

schließen lassen. Zum Beispiel wurde im Jahr 1980 ein pädophiler Priester von Essen ins Bistum München versetzt und dort wieder eingesetzt, ohne dass Kardinal Ratzinger dies verhinderte. Ein jüngst veröffentlichter, 250 Seiten umfassender Untersuchungsbericht, den eine Juristin im Auftrag des Bistums über die Fälle sexueller und körperlicher Gewalt gegenüber Jugendlichen in den Jahren von 1945 – 2009 erstellte, ergibt, dass im Münchner Ordinariat systematisch Straftaten vertuscht und Akten vernichtet wurden. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG schreibt in der Wochenendausgabe vom 04.12.2010: „Egal ob die Münchner Kardinäle Döpfner, Ratzinger oder Wetter hießen, die Opfer sexueller Gewalt fanden in dieser Zeit kein Gehör, die Täter dagegen Schutz bis an den Rand der Strafvereitelung.“

Weiter schreibt die Zeitung: „Der Missbrauchsbericht, den das Münchner Erzbistum vorlegt, ist ein niederschmetterndes Dokument, weil der Bericht der Rechtsanwältin belegt, was bislang nur in Kommentarspalten zu finden war, dass die katholische Kirche beim Thema Missbrauch über Jahrzehnte systematisch verschleiert hat, dass sie ihren Priestern geholfen und die Opfer weitgehend allein gelassen hat. Alles nur, um den Schein zu wahren. Für das Erzbistum hat man diese Erkenntnis nun schwarz auf weiß, und man darf von München wohl auf andere Bistümer schließen.“

An diese Vergangenheit des Papstes muss man denken, wenn man liest, was er in einer Predigt im Juni 2010 zu 15000 auf dem Petersplatz versammelten Priestern sagte. Er zitierte den 23. Psalm „Der Herr ist mein Hirte“, in dem es unter anderem auch heißt: „Dein Stock und Dein Stab geben mir Zuversicht.“

Der Papst meinte dazu: „Auch die Kirche muss den Stock des Hirten gebrauchen, mit dem sie den Glauben schützt gegen die Verfälscher, gegen die Führungen, die Verführungen sind. Gerade der Gebrauch des Stockes kann ein Dienst der Liebe sein. Heute sehen wir es, dass es keine Liebe ist, wenn ein für das priesterliche Leben unwürdiges Verhalten geduldet wird.“ – Ist das nun Einsicht oder Täuschung?

Und den Stock, so der Papst weiter, brauche der Hirte auch gegen wilde Tiere, die in die Herde einbrechen möchten. – Müsste der Papst den Stock nicht vielmehr bei sich selbst und bei denen anwenden, die sich nicht auf den Stock der Barmherzigkeit des Hirten ausrichten, sondern auf den Stab von Vermögen und Reichtum stützen? Und wenn die katholische Kirche sich auf die Apostel und auf die Evangelisten beruft, dann müsste er ebenfalls den Stock bei sich selbst und seinen Kollegen einsetzen. Denn sowohl für die Apostel als auch für die Evangelisten war der Stab nicht das Vermögen in Gold, Aktien

und Wertpapieren, eigenen Banken und anderen Reichtümern, von denen die Papstkirche nur so strotzt.

Ende 2010 musste der Papst seinen Stock der römischen Staatsanwaltschaft übergeben, die gegen die Vatikanbank wegen Geldwäsche ermittelt. Wie auf einer Website des Wirtschaftsblattes am 29.10.2010 zu lesen war, besteht neuerdings laut den sizilianischen Justizbehörden auch der Verdacht, dass bei der Geldwäsche über die Konten der Vatikanbank die Mafia beteiligt war.

Die Apostel und Evangelisten haben sich auch nicht auf den Stab der Regierenden gestützt und sich von diesen Milliarden über Milliarden aus dem allgemeinen Steuertopf, den das Volk nun einmal bezahlen muss, füttern lassen, so wie das heutzutage üblich ist.

Vielleicht meint der Papst mit dem Stock für wilde Tiere diejenigen, die ihm aufzeigen, wie sein eigener Stab heißt: Geld, Vermögen, Ländereien, Immobilienbesitz, Ansehen und die Androhung ewiger Verdammnis. Letzteres für jeden, der nicht an die allein seligmachende Kirche glaubt und nicht zahlender Kirchenchrist bleibt.

Die Kirche bindet Menschen an äußere Glaubensbekundungen. Vor allem sind der Besuch von Gottesdiensten, die Abnahme von Beichten und der Empfang von Sakramenten zu nennen.

Jesus von Nazareth hat andere Taten gelehrt, zum Beispiel: die Nächsten- und Feindesliebe, die Wiedergutmachung begangenen Unrechts und friedfertiges Handeln. Nach der Lehre der katholischen Kirche rettet schon der Glaube allein und der Empfang der Sakramente. Da kann man nur sagen: Vorsicht! Kirchliche Falschmünzer sind am Werk!

Jesus gründete keine Kirche

Wer analytisch zu denken vermag, der wappnet sich, denn Jesus lehrte nicht, dass der Glaube und eine Osterbeichte genügen, sondern Er sagte: *„Wer diese Meine Worte hört und danach handelt, ist wie ein kluger Mann, der sein Haus auf Fels baute ... Wer aber Meine Worte hört und nicht danach handelt, ist wie ein unvernünftiger Mann, der sein Haus auf Sand baute.“*

Jesus erinnerte auch an die wahren Gottespropheten, indem Er sagte: *„Denkt nicht, Ich sei gekommen, um das Gesetz und die Propheten aufzuheben. Ich Bin nicht gekommen, um aufzuheben, sondern um zu erfüllen.“*

Auch das ignoriert die Kirche, obwohl wir seit Abraham von der Gottesprophetie wissen, die es gewiss schon vor Abraham gab. Die Gottespropheten und Gottes Wort existieren um vieles länger als die katholische und lutherische Kirche.

Die katholische Kirche war bereits ab ihrer Gründung ein Fehlgriff, das Gleiche gilt für die Lutherkirche. Beide sind selbsternannte Glaubensrichtungen, wobei schon allein die Richtung verfehlt ist. Und es versteht sich von selbst, dass weder Gott, der Ewige, noch Sein Sohn, Jesus von Nazareth, jemals Kirchen aus Stein gegründet haben.

Die Wahrheit gottgegebener Werte liegt im Innersten eines jeden Menschen. Wer sie noch nicht ganz erschlossen hat, ahnt sie. Deshalb suchen auch immer mehr Menschen Gott nicht im Tabernakel oder in Monstranzen, sondern sie finden Ihn im eigenen Seelengrund oder in der Natur. Es sind Menschen, die Gotteserfahrungen im Alltag machen und keine Priester als Vermittler dafür benötigen. Aber gerade davor hat die Institution Kirche Angst. Deshalb gründete der Papst im Oktober 2010 in seinem Kirchenstaat ein eigenes Ministerium für die „Förderung der Neuevangelisierung“. Nach der Satzung dieser neuen Kirchenbehörde geht es um das Ziel: „den Gebrauch des Katechismus der katholischen Kirche zu befördern, der für die Menschen unserer Zeit die Gesamtheit des Glaubens wesentlich und vollständig zusammenfasst.“ Es handelt sich dabei um das Konglomerat all der oben erwähnten Schriften, Dogmen und Verdammnisdrohungen, die vor allem in Europa zu neuem Leben erweckt werden sollen.

Das erinnert auch an den Vorgänger des jetzigen Papstes, der 1991 ausgerechnet in dem polnischen Marienwallfahrtsort Tschenstochau ein christliches Gesamteuropa ausrief. Der jetzige Papst knüpft in seinem Motu proprio, mit dem er die neue Kirchenbehörde einsetzt, ausdrücklich an die Sorge seines Vorgängers an. Darin hält er es für zweckmäßig, „angemessene Antworten anzubieten, damit sich die ganze Kirche der heutigen Welt mit einem missionarischen Elan zeige, um eine neue Evangelisierung zu befördern.“

Was bedeutet es nun, wenn der Papst die Neu-Evangelisierung mit seinem alten Katechismus und dem bedrohlichen Dogmengebäude betreibt? Dieses hat schon so viel Unheil über die Menschheit, insbesondere über Europa, gebracht, angefangen von Karl dem Großen, der im 8. Jahrhundert einen Religionskrieg nach dem anderen führte und Heiden massenhaft hinschlachtete, bis hin zu den katholischen Klerikern in Kroatien, die in den 40er Jahren ein missionarisches Massaker an orthodoxen Serben vollzogen.

Der Papst geht also erneut auf Weltmission. Dieses Mal in Deutschland. Und dazu soll ihm nicht zuletzt seine Stellung als Staatsoberhaupt dienen, wie sie sich aus der Verfassung des Vatikanstaats ergibt. Auch das sollte man bedenken, wenn man den Papst als Staatsoberhaupt empfängt, zusammen mit all den anderen schon angesprochenen Aspekten, die zu diesem Staatsbe-

such führten und ihn zu einem Ärgernis werden lassen und das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland erneut in Schiefelage bringt.



Brief an Bundespräsident Wulff

Ein Rechtsanwalt und freier Christ legte dieser Tage die Problematik eines solchen Staatsbesuches in einem Brief an den Bundespräsidenten Wulff dar, der hier im Folgenden wiedergegeben ist:

»Sehr geehrter Herr Bundespräsident, erlauben Sie mir, dass ich mich als Staatsbürger, Jurist und freier Christ mit einigen Fragen und einer Bitte an Sie wende. Als Staatsoberhaupt stehen Sie über allen politischen Parteien, Konfessionen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen. Vom Träger des höchsten Staatsamtes erwartet das Staatsvolk in besonderem Maße Neutralität und ausgleichendes Wirken im Widerstreit der vielfältigen öffentlichen und privaten Belange, nicht zuletzt in Bezug auf die unterschiedlichen religiösen Gruppierungen unseres Landes. Ihre Rede zum Tag der deutschen Einheit, in der Sie den Islam als Teil Deutschlands bezeichnet haben, wurde deshalb von vielen freiheitlich denkenden Bürgern als politisch hilfreicher Fingerzeig empfunden, der

eine aus dem Ruder laufende Diskussion zur rechten Zeit entschärfte. Angesichts dieser Rede, die Modernität und Liberalität ausstrahlte, verwundert es umso mehr, dass Sie im Verhältnis zur katholischen Kirche Wege beschreiten, die vielleicht Mitte des vorigen Jahrhunderts, zu Zeiten der „Volkskirche“, noch gangbar erschienen, heute aber viele Bürger vor den Kopf stoßen. Ich meine die Einladung des Papstes zu einem Staatsbesuch, verbunden mit der Möglichkeit, im Deutschen Bundestag eine Grundsatzrede zu halten.

Vor allem Letzteres ist schwer nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass 70 % der Bewohner unseres Landes mit der katholischen Kirche nichts zu tun haben. Im Übrigen wird die Ehre, vor der deutschen Volksvertretung sprechen zu dürfen, auch Staatsoberhäuptern nur höchst selten zuteil. Hinzu kommt – und das gilt nicht nur für den Auftritt vor dem Bundestag, sondern für den gesamten Staatsbesuch -, dass die Stellung des Papstes als Staatsoberhaupt äußerst fragwürdig ist. Ursprünglich ging der Staat des Papstes aus der so genannten kostantinischen Schenkung hervor, die sich im 15. Jahrhundert als Fälschung entpuppte, was die Kirche später auch selbst zugab. Im 19. Jahrhundert wurde diesem Staatsgebilde zunächst durch Napoleon ein vorläufiges und später durch den italienischen König

Emanuel I. ein definitives Ende bereitet. Wenn es heute wieder einen Vatikanstaat gibt, so ist dies auf eine der übelsten Gestalten des vorigen Jahrhunderts zurückzuführen, nämlich den faschistischen Diktator Benito Mussolini, der in den Lateranverträgen mit Pius XI. dem Vatikan erneut Staatscharakter zusprach, obwohl sich das Staatsgebiet auf die Gärten um den Petersdom und das Staatsvolk auf einige Hundert Prälaten beschränkt.

Die Verfassung dieses Staates spiegelt bis heute ihren faschistischen Ursprung wieder. Art.1 des von Papst Johannes Paul im Jahr 2000 neu erlassenen „Grundgesetzes“ lautet: „Der Papst besitzt als Oberhaupt des Vatikanstaates die Fülle der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt.“ Und in der Präambel dieses Grundgesetzes heißt es, dass der Staat des Vatikans den Zweck hat, dem Papst im Äußeren Unabhängigkeit für seine Weltmission zu verschaffen.

Der Vatikanstaat ist also erklärtermaßen nichts anderes als ein Vehikel des Kirchenoberhauptes; und wer den Papst als Staatsoberhaupt einlädt, lädt damit den Kirchenführer ein, sodass dessen Glaubenslehre kein Kircheninternum mehr bleibt, sondern zum Politikum wird. Das gilt umso mehr, als die Beweggründe für die Staatseinladung der Vorstellung entspringen, dass Christentum und Kirche identisch seien, eine Auffassung, die viele

Bürger keineswegs teilen. Wenn der Papst als Staatsoberhaupt, das sich zugleich als „Stellvertreter Christi“ bezeichnet, in Deutschland einfliegt, wird die Frage, inwiefern er Christus vertritt, zur politischen Frage.

Was Jesus Christus lehrte, ergibt sich aus dem Evangelium, auf das sich auch die Kirche beruft. Dass Kreuzzüge, Hexenverbrennungen und die blutige Missionierung der Ureinwohner Südamerikas nichts mit der Lehre Jesu zu tun hatten, wird auch Benedikt XVI. nicht leugnen. Er wird vielleicht sagen, das liege lange zurück.

Nicht so lange zurück liegt die Kriegstreiberei des Vatikans im Jahr 1914, als der vatikanische Gesandte in Wien die damalige österreichische Regierung zu „scharfem Vorgehen“ gegen Serbien aufforderte und damit den 1. Weltkrieg mit heraufbeschwor.

Nicht lange zurück liegt auch die kirchliche Unterstützung Mussolinis beim Überfall auf Abessinien im Jahr 1935 oder die Unterstützung der Franco-Diktatur durch Pius XII., der dem Kriegsverbrecher in Madrid mit den Worten gratulierte: „Indem wir unser Herz zu Gott erheben, freuen wir uns mit ew. Ezellenz über den von der katholischen Kirche so ersehnten Sieg“ – ein Sieg, der rund Hunderttausend Republikanern hauptsächlich in Gefängnissen und bei Erschießungen das Leben kostete.

Erinnert sei auch an die moralische Unterstützung des Russland-Feldzugs Hitlers durch katholische Würdenträger bis hin zu Pius XII. Kardinal Graf von Galen feuerte im Jahr 1942 in einem Hirtenbrief die deutschen Soldaten zu einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus an. Nicht zu vergessen ist auch der Völkermord an Hunderttausenden orthodoxer Serben, der von 1941 bis 1943 unter maßgeblicher Beteiligung katholischer Kleriker in Kroatien stattfand, angeführt von dem katholischen Ustascha-Führer Pavelic, der mehrmals von Pius XII. empfangen und jeweils mit den besten Wünschen „für die weitere Arbeit“ entlassen wurde.

Und der unmittelbare Vorgänger des jetzigen Papstes hielt es in den 90-iger Jahren für nötig, sowohl beim ersten Golf-Krieg als auch im Bosnienkrieg vom „gerechten Krieg“ zu sprechen und zu betonen: „Wir sind keine Pazifisten.“

Auch der jetzige Papst distanzierte sich schon einmal vom so genannten Fundamentalpazifismus. Man mag dies unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts für richtig halten, nur mit Jesus von Nazareth hat es eben nichts zu tun, der Gewalt unter keinen Umständen für gerechtfertigt hielt. Dann kann man aber dem Papst auch keine Vorzugsbehandlung als Stellvertreter Christi einräumen, denn die Papstkirche steht in eklatantem Gegensatz zur Lehre Jesu, was sich eindeutig auch aus der Kirchenbibel ergibt.

Ein Blick in die als Gründungsurkunde des Christentums geltenden Evangelien zeigt, dass auch das riesige Dogmengebäude der Kirche mit Jesus von Nazareth nichts zu tun hat. Es ist nicht einmal durch Theologenweisheit entstanden, sondern im 4., 5. und 6. Jahrhundert durch das Diktat römischer Kaiser. Sie waren es, die in der römischen Staatskirche Religionsstreitigkeiten durch Machtsprüche erledigten und z.B. dekretierten, dass Christus „wesenseins mit Gott“ sei (Kaiser Konstantin, Nizzaä, 325), dass es eine Dreieinigkeit von Gott Vater, Gott Sohn und Heiligem Geist gebe und eine allein-selig-machende Kirche (Kaiser Theodosius I., Konstantinopel, 381) und vor allem, dass jeder verflucht sei, der daran glaube, dass am Ende aller Zeiten alle Seelen und Menschen zu Gott zurückkehren (Kaiser Justinian, Konstantinopel, 553).

Mit solchen und ähnlichen Bannflüchen traktiert die katholische Kirche ihre Mitglieder bis zum heutigen Tag. Einer davon lautet: „Wer nicht die ganze kirchliche Überlieferung annimmt, die geschriebene wie die ungeschriebene, der sei verflucht.“ (Neuner-Roos, Der Glaube der Kirche in den Urkunden der Lehrverkündigung, Nr.85). „Verflucht“ heißt im Kontext kirchlicher Glaubenssätze: verdammt in alle Ewigkeit.

Verflucht wird auch jeder, der „nicht alle Bücher der Heiligen Schrift“, wie sie von der Kirche kano-

nisiert wurden, also das Neue und Alte Testament, „anerkennt“, oder „wer leugnet“, dass diese Schriften unmittelbar „von Gott eingegeben sind“ (Neuner-Roos, a.a.O., Nr.98). Dabei sind diese Schriften zum Teil geradezu gemeingefährlich. Im Alten Testament steht z.B.: „Wenn jemand die Ehe bricht mit der Frau seines Nächsten, so sollen beide des Todes sterben, Ehebrecher und Ehebrecherin.“ (3.Mose, 20,10)

Auch Homosexuellen droht nach der alttestamentlichen Scharia die Steinigung. Verdammt wird nach der kirchlichen Lehre auch jeder, der aus der Kirche austritt, ohne Rücksicht darauf, dass er als Säugling zwangsweise hineingetauft wurde.

Ewig verdammt ist auch jeder, der sich nicht der Unfehlbarkeit des Papstes und den von ihm verkündeten Glaubenssätzen unterwirft.

Man kann sagen, es handelt sich um eine ausgesprochen gefährliche Ideologie, die bei vielen Kirchenmitgliedern auch ihre psychische Wirkung zeigt, nicht nur in Form von Unfreiheit, sondern auch in Form ekklesiogener Neurosen – ein inzwischen medizinisch anerkanntes Krankheitsbild.

Eine Organisation, die ihre Mitglieder zwangsweise erwirbt und zwangsweise mit der Androhung ewiger Höllenstrafen bei der Stange hält, verstößt gegen die Menschenwürde. Wenn der Papst als Staatsoberhaupt auftritt, ist seine staat-

liche und religiöse Diktatur nicht mehr bloß eine „Sache der Katholiken“, sondern eine Frage der politischen Akzeptanz, wie es bei anderen Staatsgästen mit diktatorischem Hintergrund auch der Fall wäre. Aus dem religiösen Ärgernis seiner totalitären Dogmen wird eine politische Provokation. Dass die Inhalte seines Glaubens für Außenstehende tabu sein sollten, kann er für sich nicht mehr in Anspruch nehmen, denn der Papst macht mit seiner Religion und seiner Behauptung, er sei der „Stellvertreter Christi“, Politik. Dann wird man ihm seine eigene Bibel entgegenhalten und ihm sagen dürfen bzw. müssen, dass Christus keinen Stellvertreter vorgesehen hat und dass die Kirche mit ihrer blutigen Geschichte und ihrem bis heute andauernden Zwangssystem der freiheitlichen Lehre Christi seit 1500 Jahren ins Gesicht schlägt.

Bedenkt man dies, erweist sich der angebliche „Stellvertreter Christi“ eher als der Stellvertreter einer Gegenorganisation. Würden Sie den Papst auch unter dieser Prämisse einladen, nur weil er ein Staatsoberhaupt ist? Vermutlich nicht. Also erfolgt die Einladung aus bestimmten Glaubensgründen, was für einen Staatsbesuch keine legitime Motivation ist.

Die meisten Menschen nehmen die Gleichsetzung von Kirche und Christentum einfach hin, weil sie weder über die blutige Geschichte der Kirche noch über ihre totalitäre Lehre informiert sind,

die bis heute gilt. Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, und auch der Herr Bundestagspräsident dürften entsprechende Kenntnisse haben. Deshalb darf ich Sie fragen, wie Sie es verantworten wollen, dem Papst die Möglichkeit zu geben, im Deutschen Bundestag für sein Kirchenregime Reklame zu machen; für ein Regime, das in Deutschland und weltweit Tausende von Kinderschändern in seinen Reihen hat und deren Verbrechen systematisch versucht hat, auch unter maßgeblicher Beteiligung des jetzigen Papstes; für ein Regime, das durch so genannte Sektenbeauftragte religiöse Minderheiten in Deutschland ausgrenzt und diskriminiert, was die amerikanische Außenministerin in ihrem jüngst vorgelegten Jahresbericht über Religionsfreiheit ausdrücklich rügte; und für ein Regime, das 3000 professionelle „Teufelsausreiber“ (Exorzisten) unterhält und damit das Mittelalter ins 21. Jahrhundert transportiert?

Der überwiegende Teil der Bevölkerung wird für diesen Staatsbesuch kein Verständnis haben, auch wegen des irrwitzigen Sicherheitsaufwandes und den enormen Kosten von zig Millionen Euro. Da der Papst nur scheinbar als Staatsoberhaupt, in Wirklichkeit aber als Kirchenoberhaupt kommt, verletzt sein Auftritt im Deutschen Bundestag die weltanschaulich-religiöse Neutralitätspflicht des Staates, es sei denn, man will

in Zukunft auch die Vertreter anderer Religionen und Weltanschauungen im Bundestag reden lassen. Die Bürger dieses Landes und ihre Volksvertretung haben es nicht nötig, sich über Ethik und Moral von einem Kirchenführer belehren zu lassen, der einer Organisation vorsteht, die die größte Blutspur in der Weltgeschichte hinterließ, die sich im 19. Jahrhundert vehement gegen die Anerkennung von Menschenrechten wehrte, die über 1500 Jahre Antisemitismus schürte und noch bis zum 2. vatikanischen Konzil das Grundrecht auf Religionsfreiheit ablehnte und ihren Mitgliedern bis heute verweigert – durch Androhung schlimmster Strafen im Falle des Austritts. Solange der Papst sein totalitäres Kirchenregime, angefangen von der Verfassung des Vatikanstaats bis hin zu den Drohungen des kirchlichen Katechismus, nicht ändert, mag man ihn, wenn man will, als gestrengen Religionsführer tolerieren, als Staatsoberhaupt sollte man ihn in einem freiheitlichen Gemeinwesen, das sich von mittelalterlicher Glaubensknechtschaft gelöst hat, nicht empfangen.

Wenn er nicht von sich aus bereit ist, seinen Staatsbesuch in eine Pastoralreise umzuwandeln, möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, bitten, jedenfalls dafür Sorge zu tragen, dass der Papst nicht im Deutschen Bundestag auftritt. Ich bin überzeugt, dass diese Bitte im

Sinne vieler Bürger ist und vor allem im Sinne unserer Verfassung: In Deutschland gibt es, wie das Grundgesetz ausdrücklich feststellt, keine Staatskirche und deshalb hat der Vertreter eines Kirchenstaats im Parlament unseres Landes nichts zu suchen.

Da es sich um eine öffentliche Angelegenheit ersten Ranges handelt, bitte ich Sie um Verständnis, wenn ich diesen Brief als offenen Brief schreibe. Ihrer geschätzten Antwort sehen ich und viele ähnlich denkende Mitbürger mit großem Interesse entgegen. Einen Abdruck dieses Briefes erlaube ich mir, dem Herrn Bundestagspräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages zu übersenden.

*Mit freundlichen Grüßen
und staatsbürgerlicher Hochschätzung«*

So weit der Brief an den Bundespräsidenten. Liebe Leserinnen, liebe Leser, Sie haben sich vermutlich auch schon selbst Gedanken darüber gemacht, ob es richtig ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus ein Papst an das Rednerpult eines Parlaments tritt. Vielleicht können Ihnen die hier genannten Fakten und Aspekte bei Ihrer Urteilsbildung als mündige Staatsbürger ein wenig behilflich sein.